Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-71964

Visual Library

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 45. Westerstede, Sonnabend den 22 Februar 1919. 59. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Deutsche Nationalversammlung.

(11. Sitzung.) CB. Weimar, 18. Februar.

Bei der Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache hielt auch heute die erregte Stimmung des gestrigen Tages an, als Reichsminister Erzberger den Wortlaut eines vom Reichswirtschaftsamt zur Verfügung gestellten Schreibens verlas, indem die hinter dem Abg. D. Boegler stehende Industriekreise androhen, nach der Zurückweisung des Herrn Hugo Stinnes in Spaa keine Sachverständigen mehr stellen zu wollen. Die Rechte unterbricht dabei den Redner mit stürmischen Zurufen, da er jetzt einen Brief verlese, während er gestern von einem Telegramm gesprochen habe. Erzberger bemerkt dazu, einem solchen amtlichen Schriftstück wohne noch eine größere Beweiskraft inne als einem Telegramm, was von rechts lebhaft gestritten wird.

Verkehr mit den besetzten Gebieten.

Eingegangen ist der Entwurf eines Übergangsgesetzes. Von der französischen Obersten Heeresleitung ist die Mitteilung eingegangen, daß jede mit dem Kriegszustand vereinbarliche Freiheit des Verkehrs zwischen der Nationalversammlung und den besetzten Gebieten gegeben werden soll. Einen ganz freien Verkehr zu erlauben, komme jedoch nicht in Frage und könne eine solche Zusicherung nicht gegeben werden.

Über Rückgabe der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Betriebseinrichtungen liegt der Gesetzentwurf vom 1. Februar vor, der in allen drei Lesungen debattelos angenommen wird.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt. Reichsarbeitsminister Bauer spricht über die Grundsätze, nach denen die Vergebung der zur

Behebung der Wohnungsnot

angeforderten Mittel erfolgen soll. Die hohen Rohstoffpreise und Löhne machen die Bautätigkeit zu einem völlig unrentablen Geschäft, daher sind staatliche Zuschüsse notwendig. Sie sollen grundsätzlich nur für Flachbauten gegeben werden. Die Siedlungsgesellschaften sollen besonders gefördert werden, die Reichsregierung wird alles tun, um die Bautätigkeit zu beleben. Der Minister bittet um Bewilligung des Kredits.

Preuß. Kriegsminister Oberst Reinhardt,

der sich dem Hause nunmehr vorstellt, verteidigt seinen von Rechts und Links so stark angegriffenen Erlaß über die Abänderung der Rangabzeichen und wendet sich gegen die von den Spartakusleuten und den Unabhängigen erhobenen Angriffe auf die militärische Untersuchung über die Tötung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Es kommt dabei zu ebenso leidenschaftlichen Unterbrechungen von der äußersten Linken wie vorher bei Erzbergers Ausführungen von der Rechten. Präsident Fehrenbach droht Ordnungsrufe an für den Fall der Fortsetzung solcher Gewohnheiten.

Die erste Frauenrede

in der Nationalversammlung hielt nunmehr die der Mehrheitssozialdemokratie angehörende Frau Marie Juchacz. Ihre sympathische Ansprache wird freundlich aufgenommen und sie hat den Beifall des ganzen Hauses, als sie ausführt, der begrüßenswerte Eintritt der Frau in das politische Leben werde nicht bedeuten, daß nunmehr die Frau ihre Frauenwürde aufgeben würde.

Abg. Frau Juchacz fortfahrend: Wir Frauen und Mütter wissen am besten, wie tief wir ins Elend geraten sind. Da bedarf es zielbewußter Arbeit unter gleichberechtigter Mitwirkung der deutschen Frau. (Beifall.) Die Revolution ist eine geschichtliche Tatsache, die aus den Verhältnissen herauswachsen mußte. Die vielen Verbrechen von heute sind nicht erst durch die Revolution gekommen, auch schon unter dem alten Regime haben sich während des Krieges Raub, Mord, Diebstahl und Verbrechen aller Art in erschreckender Weise breitgemacht. (Unruhe und Widerspruch rechts; Zustimmung bei den Soz.)

Die Unterdrückung der Presse billigen wir durchaus nicht, aber wo war denn die Freiheit der Presse während des Krieges unter dem alten Regiment? (Sehr gut! links.)

Nach der Meinung des Abg. Haase müßten wir Deutschen still halten, auch wenn wir sehen, daß die Errungenschaften der Revolution, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit des Staatsbürgers vernichtet werden, wenn der

Demokratie das Grab gegraben wird durch Maschinengewehre

und bedrohliche Umsäge. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.). Die unabhängige Sozialdemokratie hat die Spartakuspolitik unterstützt. (Sehr wahr! b. d. Mehrheit.) Es ist das Furchtbare, was die Entente sich zu schulden kommen läßt, daß sie das wehrlose deutsche Volk noch weiter dem Hungertode überliefert. Die Völker der ganzen Welt sollten zusammenwirken, um der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Str.): Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Mann und Frau. Möge sie von Glück und Segen für unser Volk und Vaterland sein. (Beifall.) Was im Regierungsprogramm an Sozialisierungsplänen enthalten ist, wird vom Zentrum seit Jahrzehnten auch verlangt.

Wir haben Anspruch auf einen Wirtschaftsfrieden, der uns Luft und Licht läßt, nicht nur nach den ewigen Gesetzen der Menschlichkeit, sondern auch nach den Wilsonschen Punkten. In dreißigjähriger unverdrossener Arbeit hat sich Deutschland vor dem Kriege den Platz an der Sonne geschaffen. Der Kriegsausbruch hat deshalb auch die deutsche Volkswirtschaft pankartig überrascht.

Angriff und Abwehr.

Aus dem uns vorliegenden ausführlichen Verhandlungsbericht über die zehnte Sitzung der Nationalversammlung geht hervor, daß es sich da schon mehr um ein regelrechtes Rededuell gehandelt hat. Duellanten waren Erzberger und Boegeler, Sekundanten v. Graefe und Scheidemann, gleichsam als Unparteiischer fungierte der Abg. Gröber. Stellen wir, der besseren Übersicht wegen, Angriff und Abwehr gegenüber:

Dr. Boegeler hält Erzberger vor, daß er Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie bei den Verhandlungen in Spaa, Trier und Luxemburg nicht zugegogen habe. Erzberger erwidert, daß er in Luxemburg überhaupt nicht gewesen sei; in Trier aber waren 30 Sachverständige anwesend. Nur Hugo Stinnes fehlte. „Ich habe", fügte Erzberger hinzu, seine Abberufung durchgesetzt, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen ist wie Herr Hugo Stinnes, und der vor allen Dingen die hauptreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gemacht hat."

•

Bezüglich der Stellung unserer Flotte unter die Kontrolle der Alliierten erklärt Erzberger:

„Wir konnten den Waffenstillstand nicht daran scheitern lassen, daß wir die Schiffe nicht zur Verfügung stellten. Unser Volk darf nicht verhungern. Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen einmal unsere Arbeiter das ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen, und zwar in einem solchen Umfang, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. An Arbeit und Kapital geht der Ruf, das Höchste einzusetzen, um unser Volk vor dem Untergang zu retten. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, wenn fremdes Kapital in deutschem Besitz nicht genügend zur Verfügung gestellt wird, muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen."

•

Der deutschnationale Abgeordnete v. Graefe, der Sekundant des Dr. Boegeler, erinnert daran, daß in der Reichstagssitzung im Oktober 1918, als Prinz Max von Baden die Notwendigkeit des Waffenstillstandes begründete, alle Parteien des damaligen und jetzigen Regierungsblocks, darunter auch der jetzige Reichspräsident Ebert, erklärt haben, unsere Widerstandskraft sei noch nicht gebrochen, und wir würden keinen Waffenstillstand annehmen, der die völlige Unterwerfung fordert. Und auch der gegenwärtige Leiter des Auswärtigen Amtes habe ausdrücklich erklärt, er würde niemals einen Frieden der Vergewaltigung annehmen und bitte doch, das Mittel zu nennen, wie man eine solche Vergewaltigung verhindert. Hier trat der zweite Sekundant, Ministerpräsident Scheidemann, vor und richtete scharfe Hiebe gegen die Schwerindustrie, die Alldeutschen und Ludendorff, die vereint unseren Zusammenbruch verschuldet hätten. „Wären Sie zu Foch gekommen, Sie wären einfach zum Teufel gejagt worden. Ihre Rolle ist ausgespielt, es fällt Ihnen schwer, sich daran zu gewöhnen. Das ist vielleicht das einzige Erfreuliche, was uns der Krieg gebracht hat." Und Erzberger selbst antwortete:

„Herr v. Graefe meint, ich hätte das neue Abkommen nicht unterzeichnen sollen. Glauben Sie mir, ich habe mir die Frage sehr eingehend überlegt mit allen ihren Konsequenzen, aber ich kann nur sagen, eine Politik des Würfelspiels mache ich nicht mit. Die Härte der Bedingungen verurteile ich ebenso stark wie Sie (nach rechts), aber ich behaupte, über die 14 Wilsonschen Punkte ist damit nicht hinausgegangen worden, und wenn Sie (nach rechts) etwa auf die Uneinigkeit der Gegner spekulieren, so kann ich Ihnen nur sagen, so ist mir in authentischer Weise von einem der Führer unserer Gegner mitgeteilt worden, daß die neuen Bedingungen zwar erst nach schwerwiegenden Kämpfen innerhalb der Alliierten zustandegekommen seien, daß sie aber schließlich doch die restlose Zustimmung der Amerikaner und auch des Präsidenten Wilson gefunden hatten. Und was hätten wir erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten? Dann hätte Clemenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Tatsache der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlage beseitigt worden, und zwar durch unsere Schuld. Es ist eine eigene Situation, in die ich durch die Interpellation der Deutschnationalen hineingedrängt worden bin. Ich muß in gewissem Sinne die Brutalität verteidigen, mit der unsere Gegner gegen uns vorgegangen sind. Das ist die große historische Schuld ihrer Interpellation.

Zur Vereinigung Österreichs mit Deutschland.

Beginn der Verhandlungen.

Wien, 19. Februar.

Der Staatssekretär Bauer begibt sich demnächst nach Berlin, um über die durch den Anschluß Österreichs an Deutschland aufgeworfenen staatsrechtlichen und politischen Fragen zu verhandeln. Wirtschaftliche Fragen werden dabei nicht berührt, sondern von zwei besonderen Fachausschüssen erledigt und zwar auf Grund der vom Juni bis September 1918 in Salzburg erzielten vorläufigen Ergebnisse.

Das aufständische Ruhrrevier.

Kämpfe in Elberfeld.

Die Lage im Ruhrrevier ist immer noch nicht klarer geworden, wenn es auch offenbar den Anschein hat, daß der Widerstand gegen die Spartakisten sich auch innerhalb der dortigen Arbeiterschaft versteift. Den Regierungstruppen sind weitere Fortschritte beschieden gewesen.

Elberfeld, 19. Febr. Die Regierungstruppen stürmten nach schwerem Kampfe gegen die Spartakisten den Bahnhof. Von den Bahnübergängen aus werden die Straßen beschossen. Bisher sind drei Tote und 17 Verwundete zu verzeichnen. Die Schießerei dauert an und fordert weitere Opfer.

Die Hauptmasse der Spartakisten scheint sich nach Essen geworfen zu haben. Im Bochumer Bezirk kam es auf Zeche „Lothringen" zu einem Gefecht, bei dem die Spartakisten fünf Tote und sechs Verwundete verloren. Außer den bereits angesetzten 30 000 Mann hat die Regierung im Sennelager noch weitere Reserven zur Verfügung.

Die Alliierten drohen mit dem Einrücken.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat das unerhörte Treiben der Spartakisten auch bei den Feinden Nervosität ausgelöst. So hat sich nach Meldungen aus Paris der dortige Kriegsrat mit der Lage im Ruhrrevier befaßt. Wie verlautet, soll, falls durch die spartakistischen Umtriebe die linksrheinischen Industriegebiete ohne Kohlen bleiben, das Kohlengebiet von Truppen der Alliierten besetzt werden.

Foch und die Spartakisten-Unruhen.

Genehmigung zum Einmarsch in die neutrale Zone.

Münster i. W., 19. Februar.

Wie das Generalkommando bekanntgibt, hat Marschall Foch genehmigt, daß die deutschen Regierungstruppen zur Unterdrückung der Spartakus-Unruhen in die neutrale Zone einrücken können.

Der Einmarsch der Regierungstruppen hat daraufhin von allen Seiten sofort begonnen. Die Kohlenförderung ist in den letzten Tagen um 90 % gesunken, da 120 000 Arbeiter feiern. In der Umgebung von Duisburg wurden große Munitionslager der Spartakisten erbeutet.

Neue deutsche Lebensmittelkäufe.

Für 400 Millionen Mark.

Berlin, 19. Februar.

Wie Unterstaatssekretär Braun bekanntgibt, ist es in Spaa gelungen, ein Abkommen über den Ankauf von 250000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland zum Preise von rund 400 Millionen Mark abzuschließen.

Dieses Abkommen gelang nicht ohne Schwierigkeiten, denn menschliche Erwägungen fanden bei der Entente kein Gehör. Auch zu einer Kreditgewährung war die Entente nicht zu bewegen. Erst die Erklärung Brauns, daß wir ein vertragsmäßiges Recht auf Lebensmittel hätten und seine Forderung, uns im Weigerungsfalle sofort unsere Handelsschiffe wieder zur Verfügung zu stellen, damit wir uns ohne Hilfe der Entente Lebensmittel aus anderen Ländern holen könnten, verfing, denn in einem solchen Falle hätte ja das gute „Geschäft" der Entente in Frage gestanden.

Beschlagnahme der Auslandseffekten.

Äußerst schwierig gestaltet sich nun aber die Bezahlung der Lebensmittel, da unsere Noten bekanntlich im Auslande so gut wie keinen Wert mehr haben. Man ist daher genötigt, mit in Deutschland befindlichen Auslandseffekten zu zahlen, weshalb die Reichsregierung eine Beschlagnahme solcher Papiere vorsieht. Naturgemäß dürften nicht alle ausländischen Wertpapiere in Frage kommen, beispielsweise wird man wohl russische Werte von der Beschlagnahme ausnehmen. In welchem Umfang die Besitzer von ausländischen Wertpapieren bei der Beschlagnahme entschädigt werden, ist im Augenblick noch Gegenstand von Beratungen. In maßgebenden Bankkreisen ist man durch die Ankündigung der Beschlagnahme nicht überrascht. Man glaubt allgemein, daß die Enteignung nur auf Grund der heutigen Börsenkurse erfolgen kann und darf.

Herabsetzung der deutschen Heeresmacht.

Keine Truppen links des Rheines.

Haag, 19. Februar.

Nach Meldungen aus Paris hat die alliierte Waffenstillstandskommission unter Marschall Foch eine Beratung über die Herabsetzung der deutschen Heeresmacht abgehalten. Man wünschte eine allgemeine Feststellung bezüglich der Heeresstärke für ganz Europa. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages sollen alle alliierten Heere allmählich auf die festgesetzte Basis herabgesetzt werden.

Von seiten Deutschlands muß dies jedoch zuerst geschehen. Gleichzeitig mit der Herabsetzung der Heeresstärke muß die deutsche Erzeugung an Artillerie, Munition und anderem Kriegsmaterial reduziert werden, so daß bestimmte Teile der Waffenindustrie in Deutschland ausgeschaltet sind. Die Alliierten wünschen weiter gewisse deutsche Provinzen zu demilitarisieren. Das bedeutet, daß es Deutschland verboten sein wird, dort Truppen beizubehalten. Diese Anordnung wird besonders für das linke Rheinufer zutreffen. Man erwarte, daß die Vorschläge der Waffenstillstandskommission anfangs nächster Woche festgesetzt werden, so daß sie Deutschland unterbreitet werden können.

Paris. (Amtlich.) Die Regierung erklärt, daß Foch jetzt im Besitze der militärischen und maritimen Bedingungen ist, die Deutschland in dem endgültigen, unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstandsvertrag auferlegt werden sollen.

Landesbibliothek Oldenburg

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Die Bildung des preußischen Kabinetts** ist in der Weise geplant, daß der Mehrheitssozialist Paul Hirsch, der augenblickliche Minister des Innern, Ministerpräsident wird. Zentrum und Demokratische Partei sollen je drei Sitze im Kabinett erhalten.

✚ **Das Diätengesetz für die Abgeordneten** zur Nationalversammlung sieht vor, daß den Abgeordneten außer freier Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen eine monatliche Entschädigung von 1000 Mark gewährt werden soll. Wer einer Vollsitzung fernbleibt, dem werden jedesmal 80 Mark abgezogen.

✚ **Gotha von Regierungstruppen besetzt.** Eine starke Abteilung des Weimarer Landjägerkorps rückte nach Gotha und besetzte die Post, den Bahnhof und das Residenzschloß, den Sitz der aus Unabhängigen bestehenden Regierung. In der vorübergehend besetzten Waggonfabrik wurde ein Arbeiter erschossen, einer verwundet. Der Grund der Besetzungen ist anscheinend die Weigerung des Gothaer Regiments, in die Versetzung nach Koburg zu willigen. Die Kaserne ist teilweise von Regierungstruppen besetzt. Die Fabriken und das Elektrizitätswerk streiken.

✚ **Gesetze, die keine sind!** Im Reichsgesetzblatt vom 13. und 14. Februar stehen drei „Verordnungen der Reichsregierung mit Gesetzeskraft" und sind unterzeichnet: „Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann", „Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer". Diese Verordnungen mit Gesetzeskraft sind nach § 10 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 gesetzwidrig. Dieser § 10 des genannten Gesetzes hat mit seiner am 11. Februar erfolgten Veröffentlichung Gesetzeskraft erlangt, und von diesem Tage ab dürfen im Reichsgesetzblatt Gesetze nur veröffentlicht werden, wenn sie auf die im § 4 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vorgeschriebene Weise, nämlich durch Übereinstimmung des Staatenhauses und der Nationalversammlung zustandegekommen sind. Außerdem darf auf Grund des genannten Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt seit dem 11. Februar kein Gesetz mehr durch jemand anderen verkündet werden, als durch den Reichspräsidenten und nicht durch eine „Reichsregierung Ebert-Scheidemann", die es gar nicht mehr gibt.

✚ **Die Polen kämpfen weiter.** Trotz der völligen Einstellung der Feindseligkeiten unsererseits haben die Polen an verschiedenen Stellen des Abschnittes in hinterhältiger Weise unsere Linien mit Infanterie- und Artilleriefeuer belegt. Auch die Stadt Nakel wurde von gegnerischer Artillerie beschossen.

✚ Bei den in kurzem in Spaa beginnenden Verhandlungen über Schiffahrts-, Lebensmittel- und Finanzfragen werden mehr als 60 deutsche Delegierte teilnehmen, unter denen sich Vertreter fast aller Interessentenkreise befinden. Dazu kommen noch die Sachverständigen für die Ausfuhrartikel, die Deutschland zum Verkauf anbietet. Wegen der Schwierigkeit der Unterbringung in Spaa ist von deutscher Seite die Wahl eines anderen Verhandlungsortes vorgeschlagen worden. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Österreich.

✕ **Radikale Kundgebungen in Wien.** Bei einer Demonstration der Volkswehrbataillone vor dem Parlament brachen nach der Rede Adlers die Volkswehrleute in den Ruf aus: Es lebe der Präsident der deutsch-österreichischen Republik Dr. Friedrich Adler. Die Volkswehrmusik intonierte die Marseillaise, die entblößten Hauptes angehört wurde. Präsident Seitz verlangte in seiner Ansprache noch die vollständige Abdankung des Kaisers Karl, da es mit den Habsburgern für alle Zeit vorbei sei. Die Volkswehr demonstrierte sodann vor dem Rathaus und vor dem Kriegsministerium. Die Radetzky-Statue trug eine breite, rote Schärpe über der Brust und eine kleine rote Fahne in der ausgestreckten Hand. Über dem Doppeladler des Kriegspalais war eine mächtige rote Flagge gehißt.

Holland.

✕ **Front gegen die belgischen Gebietsansprüche.** Der holländische Minister des Äußeren erklärte in der Kammer, daß die niederländische Gesandtschaft in Brüssel den Auftrag erhalten hat, die belgische Regierung um Aufklärung bezüglich der von ihr auf der Friedenskonferenz in Paris abgegebenen Erklärungen zu bitten. Zugleich sind die diplomatischen Vertreter der Niederlande in den Hauptstädten der fünf in Betracht kommenden Großmächte aufgefordert worden, die Position der niederländischen Regierung den Regierungen dieser Mächte amtlich zur Kenntnis zu bringen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die Neuwahlen zu den Kreistagen nach dem demokratischen Wahlrecht auf den 4. Mai anzuberaumen.

Berlin. Der frühere Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, General v. Winterfeldt, erklärt, daß bei den ganzen Verhandlungen niemals von einem Frieden ohne Entschädigungen die Rede gewesen sei.

Berlin. Der Streik der kaufmännischen Angestellten im Handelsgewerbe ist endlich durch Vergleich beendet worden.

Berlin. Der Streik der 8000 Angestellten der hiesigen Versicherungsangestellten ist dadurch beendigt worden, daß beide Teile sich dem Schiedsspruch des Einigungsamtes unterwiesen.

Braunschweig. Der Präsident Merges ist mit sämtlichen Volkskommissaren zurückgetreten.

Danzig. Landeshauptmann Freiherr Senfft v. Pilsach, der seit 1910 an der Spitze der Selbstverwaltung der Provinz Westpreußen stand, ist gestorben.

Amsterdam. „Central News" melden, daß die Republik Guatemala alle deutschen Geschäftsunternehmungen mit Beschlag belegt hat.

London. „Daily Telegraph" teilt mit, daß die englische Regierung dem Arbeiterrat in Birmingham Kenntnis gab, daß sie die Arbeiterräte als wirtschaftliche Organisation anerkannt und mit ihnen verhandeln wolle.

Otranto. Sir Wilfried Laurier, der fünf Jahre hindurch kanadischer Premierminister war und der führende liberale Staatsmann Kanadas gewesen ist, ist einem Schlaganfluß erlegen.

Zürich. Wie die Schweizer Blätter melden, finden in Frankreich, namentlich in den Hafenstädten, große Demonstrationen gegen die Regierung statt. Die Zensur unterdrückt alle Berichte darüber.

Schwarz-Rot-Gold.

Weimar: Der Staatenausschuß beschloß, daß die schwarz-rot-goldene Flagge in Deutschland als Nationalflagge eingeführt werden soll.

Wir haben eine Flagge wieder.
Dem Schwarz-Weiß-Rot folgt Schwarz-Rot-Gold.
Die Augen hoch, die Hüte nieder,
Daß ihr der Flagge Achtung zollt!
Sie mahnt an alte Ruhmestage,
Gebietet: Deutsche Brüder, seht!
Blickt auf! Kein deutsches Herz verzage:
Die deutsche Reichssturmfahne weht!
Wir wollen in dem Sinn der Alten
Stets walten für des Landes Wohl,
Die starke Hoffnung uns erhalten,
Des sei die Fahne ein Symbol!
Die Herzen hoch, den Sinn erhoben!
Es glänzt auch uns ein Zukunftsschein.
Wir wollen feierlich geloben,
Der Fahne immer treu zu sein.
Laß, Deutschland, dich nicht unterkriegen!
So lang des Rheines Woge rollt,
Wirst du in diesem Zeichen siegen,
Im Flaggenzeichen Schwarz-Rot-Gold! S.

Keine Besetzung Danzigs durch die Polen.

Basel. Die polnische Regierung forderte in Paris, man möge ihr gestatten, Danzig zu besetzen. Dieses Ersuchen wurde von den Alliierten einstimmig abgelehnt.

Detmold. Der lippische Landtag wählte den Konsumverwalter Mademann (Soz.) zum Präsidenten und den Landgerichtspräsidenten Preuß (deutschnat.) zum Vizepräsidenten.

Helsingfors. Die Bolschewisten sind mit 40 000 Mann und 100 Geschützen zum Angriff auf Livland vorgegangen.

Odessa. Die im Kaukasus operierenden Streitkräfte des Generals Denikin haben Kislar besetzt und das Kaspische Meer erreicht. In zwölf Tagen ist Denikin 350 Werst vorgerückt, hat 31 000 Gefangene gemacht und 95 Geschütze, acht Panzerzüge und eine ungeheure Menge sonstigen Kriegsmaterials erbeutet.

Washington. Wilson hat dem Kriegsminister mitgeteilt, daß der Oberste Kriegsrat Schritte unternimmt, um die militärische Lage der Alliierten in Nordrußland zu verbessern.

○ **Eisenbahnkatastrophe in Triest.** Auf dem Bahnhof von Nabresina stieß ein Zug auf eine Anzahl leerer Waggons, die gegen sieben von italienischen Soldaten besetzte Waggons geschleudert wurden. Infolge des Stoßes kamen die sieben Waggons ins Rollen und bewegten sich mit stets steigender Geschwindigkeit gegen Triest hinab. Mit rasender Schnelligkeit kamen die Waggons auf dem Triester Bahnhof an und stießen mit einem leeren Zug zusammen. Sämtliche sieben Waggons wurden vollständig zertrümmert. Es wurden 150 Tote und Verletzte gezählt.

Auf zur Landtagswahl am 23. Februar 1919!

Männer, Frauen über 20 Jahre! Klärt politisch auf überall, wo ihr könnt. — **Denkt an die Hausangestellten!**

Die Gleichgültigkeit der bürgerlichen Wähler verhilft der Sozialdemokratie zur Mehrheit.

Das bedeutet eine sozialdemokratische Landesregierung, von der alsdann die ganze Landesverwaltung, die Steuergesetzgebung und die Uebergangswirtschaft beherrscht werden.

Wollen die Oldenburger sich unter eine proletarische Klassenherrschaft beugen?

Es ist Pflicht jedes Mannes und jeder Frau das Wahlrecht auszuüben!

Die Liste der Deutschen Volkspartei gewährleistet sachliche und besonnene Arbeit:

Wählt die Liste

Dannemann!

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 21. Februar 1919.

□ Herr Fritz Ziese hier, Geschäftsstelle der Landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaft, hat unter Nr. 13 Anschluß an das hiesige Fernsprechnetz erhalten.

*

◇ Das am vergangenen Sonntag abend bei Friedrich Gerdes in Burgforde gestohlene Damen-Fahrrad ist wiedergefunden worden und zwar im Wittenheimerholz. Die Gummireifen waren von dem Rade entfernt.

*

✕ Der am 2. und 8. März in Cordings Saal stattfindende 7. Elternabend der hiesigen höheren Bürgerschule beginnt wegen des reichhaltigen Programms pünktlich um 4 Uhr und endigt um 7 Uhr, sodaß Auswärtige den letzten Zug noch erreichen können. Die Karten zum 1. Abend, zu dem nur Erwachsene zugelassen werden, sind fast ausverkauft, ein Zeichen, wie sehr diese Veranstaltungen geschätzt werden.

*

▱ Die Wahlen zur oldenburgischen Landesversammlung finden bekanntlich am kommenden Sonntag statt. Für die Wahl gelten dieselben Bezirke und Wahllokale wie bei der Wahl zur Nationalversammlung. Ein Nachteil der Listenwahl besteht darin, daß leicht unter den vielen Kandidaten einer Liste eine Person sein kann, die dem einen oder dem andern Wähler aus persönlichen oder sachlichen Gründen weniger genehm ist. Bei einer großen Liste ist dies unvermeidlich. Aber große Torheit und ein Zeichen geringen politischen Verständnisses ist es, wenn man nun die ganze Liste verwerfen oder sogar soweit gehen wollte, seine Wahlpflicht nicht zu erfüllen. Das Durchstreichen einzelner Namen und dafür andere Namen hinschreiben ist zwecklos, da nur der gedruckte Zettel Gültigkeit hat, also auch die durchstrichenen Namen mitzählen, dagegen die zugeschriebenen nicht.

*

— (Z) Mittwoch hielt der Milchkontrollverein Westerstede in Henkens Gasthause eine gut besuchte Versammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, die Vereinstätigkeit, die durch die Hindernisse des Krieges eingestellt war, wieder neu aufzunehmen. Von allen Seiten wurde die große Bedeutung, die dieser Verein zur Förderung unserer Rindviehzucht hat, rückhaltlos anerkannt; spielt doch bei Ankäufen guten Zuchtmaterials, wie auch bei den Körungen der Milchleistungsnachweis eine immer größer werdende Rolle. In den mit uns konkurrierenden, großen Zuchtgebieten haben die Kontrollvereine schon eine große Verbreitung gefunden, so daß es für jeden vorwärtsstrebenden Landwirt ein Gebot der Stunde ist, sich diesem Verein zur Förderung der ammerländischen Rindviehzucht anzuschließen. Hoffentlich kann an dieser Stelle bald von den Erfolgen des Vereines berichtet werden.

*

◇ **Twüschenahn.** Dar hett sick na kien Düwel blicken laten dan wägen dat ne'e Leed för'd ammersche Burenhus. To, Kinners, wo is dat mit Jo! Is Jo de Dichteree denn reineweg indrögt, dat weer nich god, man se schüdd Jo sachs weller to. Man dat wulk Jo seggen, mit so'n hochdütschen Kram blievt us dree Trär van Liev, rejell un rechschapen Plattdüsch weg möt't wän. Kump d'r ganz nich up an, wat Ji dar anners van togang'n dichten doet, wenn wi't man bi't Füer singen köönt. Un wenn de Een man blot dichen kann un de Anner kann blot Musik maken, denn smied't Jo Plünnen doch tohop. Nu man 'n bäten fell to, her mit de Vijol!

*

⁂ **Augustfehn**, 21. Februar. Nach reichlich 4½ jähriger Pause nahm der Gesangverein „Eintracht" Stahlwerk Augustfehn am Donnerstag seine Uebungen wieder auf. Fast sämtliche alten Mitglieder sind dem Verein wieder beigetreten, so daß genannter Verein wieder wie in früheren Jahren über erstklassiges Stimmenmaterial zu verfügen hat. Nach dem Singen wurde eine Generalversammlung abgehalten, in welcher folgendes erledigt wurde: Der bisherige erste Vorsitzende Hermann Webermann wurde einstimmig wiedergewählt. Für den bisherigen zweiten Vorsitzenden E. Neemann, der wegen vorgerückten Alters nicht mehr an den Uebungen teilnehmen kann, wurde H. Schaa an dessen Stelle gewählt. Der bisherige Schrift- und Kassenführer E. Neemann jun. wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Fahnenträger wurde D. Kramer, Fahnenjunker E. Cordemann und G. Diers, R. Rastedt und D. Kramer übernahmen den Posten als Bücherwart. Kassenrevisoren wurden Chr. Wemeyer und H. Fittje. Da der Verein in seiner finanziellen Lage sehr geschwächt ist, wurde ein freiwilliger Beitrag gesammelt, welcher die Summe von 36,50 Mk. aufwies. Ferner wurden 5 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen. Die im Kriege gefallenen 4 Mitglieder R. Kramer, H. Schaa, H. Diers und Chr. Rastedt wurden von der Versammlung durch Erheben von den Sitzen geehrt. —

— (b) **Oldenburg**, 19. Februar. Auf dem Tanzboden seinen Tod gefunden hat der 21jährige Büroanwärter Weddi, Sohn des Haltestellenaufsehers Weddi in Bloh. Er fühlte sich schon am Nachmittag krank, so daß seine Freunde ihm rieten, nach Hause zu gehen. Allen guten Ermahnungen zum Trotz blieb er im Tanzlokal, ließ keinen Tanz vorübergehen und als um die mitternächtige Stunde der letzte Tanz begann, gab es auch für ihn kein Halten. Da aber verließen ihn die Kräfte. Mitten im Tanz wurde er vom Herzschlag betroffen und in den Armen seiner Tänzerin ereilte ihn der Tod.

— Das Direktorium hat die Wahlvorsteher für die am kommenden Sonntag stattfindende Wahl angewiesen, das Ergebnis der Wahl in ihrem Stimmbezirke mit aller möglichen Beschleunigung noch am Tage der Wahl festzustellen und auf dem schnellsten Wege dem für ihren Bezirk zuständigen Amt bezw. Stadtmagistrat 1. Klasse zu übermitteln. Die Aemter bezw. Stadtmagistrate haben die Ergebnisse zusammenzustellen und sie dem Wahlkommissar bis Montag vormittag 7—9 Uhr zu übermitteln. Das Wahlergebnis wird hier Montag festgestellt.

Landesbibliothek Oldenburg

Neueste Nachrichten.

—w **Wilhelmshaven**, 21. Februar. Der Oberbefehlshaber der Regierungs-Truppen hat den 21er Rat aufgelöst und dessen Geschäfte dem Abg. Paul Hug übertragen. Auf Kasernen, Kommando- und anderen öffentlichen Gebäuden weht die schwarz-weiß-rote Flagge.

—w **München**, 21. Februar. Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Aeußern nach dem Landtagsgebäude in der Brennerstruße von einem Leutnant Graf Arko Valley durch 2 Kopfschüsse getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

—w **München**, 21. Febr. Im Landtag wurde heute vormittag auf den Minister Auer ein Attentat verübt, als er eben in einer Erklärung den Abscheu über die Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner Ausdruck gegeben hatte. Ein Mann stürmte in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolverschüsse auf Auer ab, auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordneten bemächtigte sich eine große Panik. Auer wurde schwer verletzt. Der Abgeordnete Oesel wurde tötlich getroffen und 2 Ministerialbeamte schwer verletzt.

Zur Wahlbewegung!

—) Die am Mittwoch nachmittag im Herken'schen Saale hier abgehaltene Volksversammlung der Deutschen Volkspartei, in welcher Herr Dannemann-Tungeln sich der Wählerschaft vorstellte, erfreute sich trotz der schlechten Witterverhältnisse aus allen Kreisen der Gemeindebevölkerung eines recht guten Besuches. Herr Dannemann verstand es, in packender 1½stündiger Rede von Anfang bis zum Ende seine Zuhörer zu fesseln. Es sprach hier ein Mann aus dem Volke, der das Wohl und Wehe der Bewohner des platten Landes aus eigener Anschauung kennt, und wurde Herrn Dannemann am Schlusse seiner interessanten Ausführungen starker Beifall der Versammlung zuteil. Von der Deutschen demokratischen Partei trat Herr Amtsrichter Schulze dem Redner entgegen. Seine Ausführungen von wurden Dannemann unter dem Beifall der Versammlung eingehend widerlegt. — Zum Schlusse seiner Ausführungen brachte Herr Dann mann ein Hoch auf unser Oldenburger Vaterland aus, in welches die Versammlung — sich erhebend — begeistert einstimmte.

Für die Redaktion verantwortlich **Karl Eilers** in Westerstede.
Druck und Verlag von **Eberhard Ries** in Westerstede.

☞ Für die Bezieher unseres Blattes in der Gemeinde Westerstede liegt der heutigen Nummer eine Beilage betr. Wahlaufruf der sozialdemokratischen Partei bei, worauf hierdurch noch besonders hingewiesen wird.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amt Westerstede.

Westerstede, den 20. Februar 1919.

Am Sonnabend den 1. März d. Js., nachmittags 2½ Uhr findet auf dem Schützenhofe zu Zwischenahn eine Nachköhrung junger Eber aus dem ganzen Amtsbezirk statt.

Münzebrock.

Linewege. Gesucht zu Ostern oder Mai ein
Lehrling.
Hinrich Fischer, Zimmermstr.

Landwirtssohn, 23 Jahre, geb. Dragoner, vor dem Kriege in einer gr. Landwirtschaft beschäft, sucht zum 1. Mai
Stellung
als junger Mann in größerer Landwirtschaft bei Gehalt und Familienanschluß.
Landesarbeitsnachweis Westerstede i. O.,
Langestr. 38.

Zu verlauschen ein Paar schw
Tanzschuhe
Nr. 38/39.
Oldenburg Weskampstr. 15¹.

Thomasmehl und Kainit
gegen Heu zu vertauschen.
E. Berlinius, Augustfehn.

Wenig getr., gut erhalt. **Anzug**, Größe 1.70 (Kloppen-Hose) für älteren Mann passend gegen, Fettigkeiten einzutauschen.
Zuschr. nach **Wilhelmshaven**, Deichstr. 1 erbeten.

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltenes, leichtlaufendes
Herrenfahrrad
ohne Gummi. Näheres bei
Bernh. Eilers, Achternstr.

Kleiderfarbe,
schwarz und blau.
Carl Hotes.

Drahtgeflechte
für Hühnerhöfe ist in allen Breiten zu billigeren Preisen auf Lager.
J. Bücking.

Unterricht für Kriegsteilnehmer.

Wegen Erkrankung einiger Lehrkräfte fällt der Unterricht für Kriegsteilnehmer bis auf Weiteres aus.

Heinen.

Das Wahlbüro
der
deutsch-demokratischen Partei
befindet sich am **Sonntag** im Gasthof **Börse**, Fernsprecher **50**, wohin die Mitteilungen über die Wahlergebnisse erbeten werden

Ich wünsche drei, am liebsten etwas ältere
Ferkel
zu kaufen.
Westerstede. **U. Ohmstede.**

Zwischenahn.
Habe zwei mitteljährige
Pferde,
zugfest und fromm, zu verkaufen.
D. Schweneker.

Südgeorgsfehn.
Zu verkaufen 5 Stück vorzügliche junge kräftige
Pferde
gegen bar u. auf Zahlungsfrist.
G. Ollermann.

Zu verkaufen ein trächtiges
Schaf.
Frau Schlang, Zhausen.

Zu verkaufen ein starkes, zugfestes hiesiges
Arbeitspferd.
E. Dirksen, Zhausen.

Hühner
jeden Montag
Kaninchen
jeden Mittwoch Abnahme.
Th. Ahlrichs.

Bestes
weiß's Maschinengarn,
gr. Rollen, gegen Lebensmittel zu vertauschen. Offerten unter **H. B. Oldenburg**, Marienstr. 4.

Ich nehme noch
Runkelrüben u Steckrüben
ab, wenn möglich auf allen Stationen. Wer noch abzugeben hat, wolle sich melden.
Th. Ahlrichs.

Augustfehn.
Da mir die Person namhaft gemacht worden ist, die mir meinen Waschkessel gestohlen hat, fordere ich dieselbe auf binnen 3 Tagen denselben an Ort und Stelle zu bringen, sonst erfolgt sofort Anzeige.
Frau **H. Webermann**, Schulstr.

Jeddeloh I.
Die so sehr begehrten
Kriegsstiefel
mit extra starkem Lederbesatz, bedarfsscheinfrei, Nr. 25–47 und
lederne
Kinderstiefel
Nr. 21—22, bedarfsscheinpflichtig, vorrätig bei
Johann Lübben.

Kaufe
Lumpen, alte Strümpfe Kaninchen- u. Hasenfelle
zu erhöhten Preisen.
Jul. Hoffmann.

Düngerstreu-Maschinen „Felsen"
sind wieder vorrätig.
Ike Baumann.

Milchtannenbürsten
vorrätig, prima Qualität, bei
Carl Steinfeld,
Bürstenmacher.

Samen
in bekannter guter Qualität empfiehlt zu amtlichen Preisen
Aug. Lamken,
Baumschulen, Glesselhorst.
Fernruf 232.

Tange,
den 19. Februar 1919.

Bekanntmachung.

Sämtliche **Kriegsteilnehmer** werden gebeten, sich **Sonntag den 23. Februar**, abends 7 Uhr, zwecks einer Besprechung beim Kameraden **Schmeertmann** zusammen zu kommen.

Mehrere Kriegsteilnehmer.

Arbeitskommando Ocholt.
Montag den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr,
Versammlung
in Mainz Gasthof.

Landw. Bezugs-Genossenschaft Westerstede.
Am **Dienstag den 25. d. M.**, nachmittags von 3 Uhr ab, Verteilung von
Stickstoffdünger
beim Lagerschuppen gegen Barzahlung. — Es können aber nur diejenigen Mitglieder berücksichtigt werden, die bei der letzten Verteilung nichts erhalten haben.
Der Vorstand.

Kuhkasse Augustfehn
General-Versammlung
am Dienstag, 25. Februar, abends 6 Uhr,
in Willems Gasthof.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage,
2. Wahlen,
3. Vergütung des Rechnungsführers,
4. Verschiedenes.

Der Vorstand

Kuhkasse Edewecht.
Am **Sonnabend den 1. März ds. Js.**, abends 6 Uhr
General-Versammlung
in Müges Gasthof.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage und Jahresbericht,
2. Neuwahl des Vorstandes,
3. Festsetzung des Beitrags für 1919,
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Verein Spohle.
Am **Sonntag den 2. März**, nachm. 5. Uhr,
Versammlung
in Ww. Schmidts Gasthof.
Der Vorstand.

Augustfehn 2,
19. Februar 1919.
Der glücklichen Geburt eines
Töchterchens
erfreuen sich
Joh. Ripken u. Frau,
geb. Schaa.

W. L. Westersteder Lichtspiele

Spielplan
für **Sonnabend den 22. Februar**, abends 7½ Uhr,
Sonntag den 23. Februar,
nachmittags 3½ Uhr, — abends 7½ Uhr.

Rennfieber
Glänzender Sportfilm in 4 Abteilungen v. A. Dupont.
Hauptdarsteller: **Bernd Aldor.**

Schnurzel unter der Fuchtel.
Lustspiel in 3 Akten von G. Dammann.
Hauptdarsteller: **Schnurzel** und seine Partnerin **Hansi Dege.**

Eine Hundemeute.
Tier- und Naturaufnahme.

Bei allen Vorführungen **KONZERT.**

Ausserordentliche
General-Versammlung
der
Ammerländ. Hengsthaltungs-Genossensch.
eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht
zu Westerstede
am **Sonntag den 2. März 1919**, nachmittags 3 Uhr, im Jasper'schen Gasthause zu Filsenolterfeld.
Tagesordnung:
1. Vorführung der Hengste.
2. Aufnahme einer Anleihe usw.
3. Aufstallung der Hengste.
4. Festsetzung des Deckgeldes für 1919.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Statt Karten!

Die Verlobung unserer Kinder **Lisbeth** und **Oskar** beehren wir uns hierdurch anzuzeigen
Malermeister **Heinr. Hotes** und Frau,
Buchdruckereibes. **Karl Berg** und Frau.
im Februar 1919.
Westerstede. **Erfurt.**

Lisbeth Hotes
Oskar Berg
Verlobte.
Westerstede (Oldenburg), im Februar 1919.

Osterscheps, 20. Februar 1919.

Heute um 11½ Uhr entschlief sanft und ruhig an jahrelanger Krankheit und Altersschwäche unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Gesche Helene Meinen
geb. Janßen
im 70. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Montag den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Landesbibliothek Oldenburg

Deutsche demokratische Partei
Ortsgruppe Westerstede.

Der

23. Februar d. J.

ist der Tag zur Wahl der

Oldenburger Landesversammlung!

Wähler und Wählerinnen
genügt an diesem Tage Eurer Wahlpflicht, wählt die Liste

Tantzen!

Der Gesamtvorstand der Ortsgruppe Westerstede:

Luley, Friedrich, Franksen, Kuck, Wirt B. Meyer, Meiners, W. Hoting, Westerstedenfeld, Georg Janßen, Halstrup, Lehrer Finke, Hollwege, Claus Moorburg, Lehrer Walter, Halsbek, H. Rietforts, Eggeloge, D. Becken, Linswege, Lehrer Schlepper, Petersfeld, B. F. Ehlers, Hüllstede, Fr. Meilahn, Burgforde, F. Hisje, Torsholt, Steenemann, Ocholt, H. Eilers, Manste, A. Bohemann, Westerloy, J. Hoffmann, Ihausen, D. Harms, Ihorst, F. Tietjen, Garnholt.

Die Vertrauensleute:

Westerstede: F. Broeker. Ile Baumann, Frau Bücking, Fräulein tom Dieck, Deimedde, Aktuargeh. Dralle, Frau Drechsler Ehlers, Frau Ewald, Frau Friedrichs, Frau Bernh. Eilers, L. Grimm, Frl. Hanni Henken, Frau Haake, Carl Hoies, Aug. Hinrichs, Henschen und Frau, Haase, Postbote Janßen, Frau Janßentimmen Schuhmachermstr. Meinen, Frau Gretel Meyer, Gerichtsvollz. Geh. Meyer, Frl. Frida Oeltjenbruns, Frl. Johanne Oeltjenbruns, D. Otten, Carl Osterloh und Frau, Heinr. Oltmanns, Frl. Polak, Frau Süfens, Frau Anna Sander, R. Stamer, Frau Schönfeld, Carl Spille, Frl. Elise Schulz, Wachtmeister Schulz, Amtsr. Schulz, Frl. Wichards, Gerhard Ziese und Frau, Frl. Henny Ziese, Fritz Ziese, Frau Wutrock, F. Wallrichs.

Westerstederfeld: Bez.-Vorst. Klarmann.

Halstrup: Strodthoff und Frau, Postschaffner Eilers.

Hollwege: Frau Finke, Gerh. Dierks, E Frerichs Felde, Karl Heinemann und Frau, D. Hobbensiefken-Hollwegerfeld, Luks, D. Oltmanns, Frl. Vollers, Bez. Vorst. Willers, Frau Sophie Willers.

Moorburg: Friedr. Claus, Joh. Claus, Joh. Albers, Johann Fuths, Frau B. Oltmanns, Gerhard Willers und Frau.

Halsbek: Frau Grünjes, Kaufmann Stubben, Johann Bredehorn-Hoheliet.

Eggeloge: Wilh. Bohlje, G. zur Brügge, Hermanns, G. Hobbiebrunken, Frau Kamp, Gerhard Theilengerdes, Johanne Theilengerdes.

England: Kloppenburg und Frau, Gerhard Lanje und Frau, Heinr. Meilahn und Frau.

Linswege: Basenbrunken, Frl. Hamjediers, Lehrer Meinen, Frl. Barrelmann, Johann Süfens, Joh. Hobbensiefken und Frau, Jührdenerfeld.

Petersfeld: Joh. Hobbensiefken und Frau, Joh. Janßen und Frau, F. Hedenkamp, Frau Schlepper.

Garnholt: Gerh. Carstens, Frau Herm. Harms, H. Hobbiebrunken, Lehrer Hayen, Heitmann und Frau.

Hüllstede: F. Ehlers, F. Grimm, Frau Huntemann,

Gießelhorst: Lehrer Hörmann, Joh. Oetken, Frau Gastwirt Wilken.

Burgforde: G. Bartels, Frl. Gerdes, Bez.-Vorst. Ahrens und Frau, Holzwärter Meinen.

Torsholt: D. Hempen, Joh. F. Janßen und Frau, Hinr. Hoffbuhr, J. D. Dierks, Frl. Anna Hisje, Lehrer Eckhorst, Joh. Hobbiejanßen u. Frau, G. Wilken, G. Dierks.

Ocholt: Gastwirt Rüther Hauwief, Lehrer Ohlenbusch, Herm. Bruns, Stationsvorsteher Wagner.

Manste: Johann Hammje und Frau, Rose und Frau, Frau Lüerßen, Gerh. Bruns, Lehrer Koch, Diedr. Berding, Friedr. Hobbiefiefler, Frl. L. Strodthoff, Joh Scheelken Lindernerfeld, Gerhard Decken-Lindernerfeld, Hinrich Eilers und Frau.

Westerloy: Fr. Eilers, Wittjes, Frl. Anna Wittjes, Frl Anna Harms, Lehrer Stindt, Joh. Siefken und Frau, Seggern, Hullmann Westerloyerfeld, Neemeyer.

Ihorst: Hasselder u. Frau, D. Büntjen, Lehrer Jaspers.

Ihausen: Heinr. Schwarzenberg, Bez. Vorst. Schipper, Hinr. Müller, Frau M. von Lengen, Lehrer Eichler. Hazekamp u. Frau, Frau Freiemann, Grüsing, Ww. Rhoden und

1300 eingetragene Mitglieder.

Deutsche demokratische Partei
Ortsgruppe
Edewecht.

Männer und Frauen, wählt am nächsten Sonntag, 23. Februar, Liste

Tantzen = Heering!

Keiner darf fehlen, auf jede Stimme kommt es an. **Der Vorstand.**

Wer allein tritt für die Minderbemittelten ein?

Nur die Sozialdemokratie!

Darum, Wähler und Wählerinnen, wählt die sozialdemokratische Liste

Meyer-Heitmann.

Glaubt nicht den schönen Worten der Rechtsparteien!

Ammerländische Wähler

gebt am 23. Februar Eure Stimme der Liste

Dannemann

von der Deutschen Volkspartei!

Landesbibliothek Oldenburg

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. — Anzeigengebühr: Für die einspaltige Petitzeile (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Annoncen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 45. **Westerstede, Sonnabend den 22. Februar 1919.** **59. Jahrgang**

Zweites Blatt.

Niederschrift

über die Verhandlungen des landwirtschaftlichen Vereins Ammerland in seiner am 14. Februar 1919 in Zwischenahn abgehaltenen Versammlung.

Anwesend etwa 60 Mitglieder und Gäste.

Tagesordnung.

1. Wahl des Vorstandes.
2. Vortrag über Schafzucht und Gründung eines Schafzuchtvereins. Redner Herr Direktor Heinen.
3. Was will der Landbund? Redner Herr Professor Dr. v. Wenckstern.
4. Eingänge und Verschiedenes.

Punkt 1. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr Siefken-Seggern, zum 2. Herr K. Reiners-Helle, zum 1. Schriftführer der Unterzeichnete und zum 2. Herr K. zu Klampen-Klampen und zum Kassenführer Herr Twiestmeyer-Westerstede gewählt oder wiedergewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig. Herr Siefken war bereits früher 1. Vorsitzender des Vereins, räumte auf seinen Wunsch diesen Platz Herrn Wittjen, der vor einem Jahre leider verstorben ist. Herr Siefken gehört seit Januar 1884 ununterbrochen dem Vorstande an. Herr Direktor Heinen, der bisherige 2. Schriftführer, ließ erklären, daß er eine Wiederwahl ablehne.

Punkt 2. Den Vortrag über Schafzucht und Gründung eines Schafzuchtvereins hielt anstelle des durch Krankheit leider verhinderten Herrn Direktor Heinen Herr Landwirtschaftslehrer Werner-Zwischenahn. In einer um 3 Uhr beginnenden Versammlung von Schafzüchtern war verhandelt worden über die Frage, welches Schaf sich für das Ammerland am besten eigne und man hatte sich auf das „friesische Milchschaf geeinigt. Herr Werner bezeichnete das friesische Milchschaf als ein Tier, das ausgezeichnet in seiner Milchergiebigkeit, ein gutes Mastvierfund anspruchslos in seiner Haltung sei. Es sei kein eigentliches Herdentier, Koppel von 6–8 Stück sagten ihm am besten zu. 6–8 Pfund gute Wolle liefere es im Jahre. Die Milch habe einen Fettgehalt von 6–7 Prozent und es kämen Schafe vor mit einem Jahresertrage von 800 Litern Milch. Den Redner lohnt reicher Beifall.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Landwirtschaftskammer betr. Förderung der Schafzucht.

Der landwirtschaftliche Verein Ammerland beschließt dann auf Antrag von Herrn Werner folgendes:

1. Es soll beim Amtsrate die Einführung der Schafbockkörung beantragt werden.
2. Es wird zunächst ein Schaftzuchtverein für das friesische Milchschaf gegründet, und wenn das Bedürfnis vorhanden sein sollte, soll die Gründung eines Schafzuchtvereins für das Butjadinger Marschschaf (englisches Fleischschaf, Reinzucht) angestrebt werden.
3. Es soll ein Ausschuß von 12 Mitgliedern gewählt werden — auf gleichberechtigter Grundlage — zur Beratung der Satzungen und der Körordnung.
4. Beim Amtsrat und der Landwirtschaftskammer soll die Bereitstellung von Mitteln zur Hebung der Schafzucht beantragt werden.

Man schritt dann zur Wahl des Ausschusses, und gewählt wurden folgende Herren: J. D. Uken-Westerstede, G. Thye-Linswege, W. Lüürs-Ihausen, Gerh. Wemken, Haussohn in Eichhausenfeld, Gerhard Klostermann-Rostruperfeld, J. Krüger-Ohrwege, K. zu Klampen-Klampen, Kolonist Heinrich Müller-Augustfehn, Friedr. Borchers-Roggenmoor, Georg Bölts-Westerscheps, Haussohn G. Oltmer-Osterscheps und Haussohn H. Oltmanns-Jeddeloh 1. Herr K. zu Klampen wurde mit der Leitung des Ausschusses betraut. Der neugegründete Verein soll den Namen „Ammerländischer Zuchtverein für das friesische Milchschaf e. V." führen.

Punkt 3. Herr Prof. Dr. v. Wenckstern war verhindert, Herr Direktor Lehmkuhl aus Delmenhorst sprach über „Was will der Landbund" in einer vom Vorsitzenden des Landbundes, Herrn Brünsen-Ohrwege einberufenen Versammlung, die nach Schluß der landwirtschaftlichen Versammlung in dem großen Saal in Meyers Hotel abgehalten wurde.

Punkt 4. Herr Siefken verliest ein Schreiben der Landwirtschaftskammer betr. Ausbildung von „Kulturmeistern", geeigneten Personen, die den Landwirten bei der praktischen Ausführung von Meliorationsarbeiten an die Hand gehen können. Die Ausbildung ist kostenlos. — Es sollen die landwirtschaftlichen Klubs gebeten werden, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

Es liegt auch ein Schreiben Herrn Konkens vor betr. Anstellung von Erhebungen über den Umfang vorhandener Drainagen. Es sollen Karten gefliesert werden und die drainierten Grundstücke sollen darin vermerkt werden. Auch dieser Aufforderung soll stattgegeben werden u. in jeder Bauerschaft soll eine geeignete Person mit Ausführung dieser Arbeiten betraut werden.

Auf Anregung durch den Unterzeichneten spricht Herr Direktor Lehmkuhl über größere Berücksichtigung der Landwirtschaft in unseren Volksschulen und schlägt vor, ein Stück Land — 1–2 Scheffelsaat — von den größeren Schülern bewirtschaften zu lassen während der Unterrichtszeit. Es könnten z. B. die bewährtesten neuen Kartoffelsorten angebaut und dadurch weiter zur Kenntnis der Bevölkerung gebracht werden.

Auf einem anderen Pfande ließen sich vielleicht Versuche anstellen mit den verschiedenen Kunstdüngerarten. Am Seminar solle ein Landwirtschaftslehrer mitwirken. — Der Unterricht solle mehr berücksichtigen, was das praktische Leben erfordert. Herr Meyer-Oldenburg fordert, daß das Können in der Schule mehr als bisher berücksichtigt und dem Wissen mindestens gleichgestellt werde.

Als neues Mitglied wurde Herr Wardenburg-Hüllstede aufgenommen.

Herr Twiestmeyer legt die Jahresrechnung vor, dieselbe ist von Herrn Direktor Heinen geprüft und für richtig befunden worden. Dem Rechnungsführer wurde Entlastung erteilt. Das Vermögen des Vereins beträgt rund 4550 Mk.

Schluß der Versammlung um 7 Uhr.

Torsholt. D. Eickhorst.

Aus dem Leserkreise.

)-(**Augustfehn.** In Nr. 45 der „Nachrichten für Stadt und Land" wurde für die im hiesigen Ort in Aussicht genommene vorläufig zweiklassige höhere Privatschule eine weibliche Lehrkraft mit Lehrbefähigung im Englischen und Französischen gesucht. Wenn es auch mit Freuden zu begrüßen ist, daß auf diese Art und Weise der Allgemeinheit Gelegenheit geboten wird, ihre Kinder weiter ausbilden zu lassen, so darf man doch wohl ruhig behaupten, daß es sich praktisch nicht durchführen läßt, ein derartiges Unternehmen auf die Dauer auch lebensfähig zu erhalten. Es muß immer und immer wieder unterstrichen werden, daß zwischen Theorie und Praxis ein himmelweiter Unterschied besteht. So ist es auch auf diesem Fall bezogen. Theoretisch mag die Sache ganz gut durchdacht sein, doch praktisch läßt sie sich, wie schon eben gesagt, nicht durchführen. Zum Beweise sei folgendes angeführt, über daß man mal in aller Sachlichkeit nachdenken wolle:

Angenommen, die Zahl der Besucher dieser höheren Privatschule sei eine äußerst hohe — sagen wir mal, es wären 30–40 Schüler — und das Schulgeld betrage pro Kopf und pro Jahr, wie es an allen höheren Lehranstalten durchschnittlich der Fall ist, 150 Mark, (eine höhere Taxe wird man doch auch hier nicht erheben können) so ergibt sich als Summe 4500–6000 Mark. Von dieser Summe soll alles bestritten werden: Unterhalt der Lehrpersonen, Beschaffung von Lehrmitteln, Instandhaltung des Lehrgebäudes, Licht, Heizung usw. Das Gehalt einer Lehrerin dürfte niedrig gegriffen, 3000 Mark betragen, dazu kommen dann noch in der jetzigen Zeit die Teuerungszulagen und Wohnungsentschädigung. Nun muß man aber auch ferner bedenken, daß mit einer Lehrkraft im Französischen und Englischen nicht gedient ist, es kommen mindestens noch zwei weitere in Frage, hauptsächlich dann, wenn die Anstalt weiter ausgebaut werden soll und das soll sie doch auch im Laufe der Jahre, denn man will doch nicht sozusagen auf einem toten Punkt stehen bleiben! Die zwei weiteren Lehrkräfte kämen etwa für folgende Fächer in Frage: Rechnen (Mathematik), Naturgeschichte und Deutsch, Geschichte, Erdkunde. Drei Lehrkräfte kommen also immerhin in Frage; von Luft und Wissenschaft kann man aber allein auch nicht leben, es gehört nun einmal Geld und nochmals Geld dazu. Von den 4500 bis 6000 Mark lassen sich die Ausgaben aber nicht decken, es müßte denn sein, daß von privater Seite aus bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt würden. Da dieses wirklich der Fall ist oder sein wird, muß doch stark bezweifelt werden. Folglich arbeitet die Anstalt mit einer völligen Unterbilanz, einem Defizit. Und aus diesem Muss, also nicht dasiendem, sondern Zusetzendem entstünde, was der Geschäftsmann mit dem Worte „Bankerott" bezeichnet!

Das wären also die Schattenseiten, aber es sind auch Lichtseiten da, vermeintliche nämlich:

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

63] (Nachdruck verboten.)

15. Kapitel.

Offene Karten.

Durch die stille Straße, in der Longfords Boardinghaus lag, schritt ein Mann in höchster Aufregung.

Er suchte die Hausnummern ab und wollte gerade in Longfords Wohnung eintreten, als sich eine Gestalt aus dem Dunkel des Hausflurs löste und höflich, aber bestimmt die Frage aussprach: „Zu wem wünscht der Herr?"

Der Angeredete hielt erstaunt inne.

„Ich? Zum Boardinghaus von Mistreß Smith. Bin ich hier irregegangen?"

„Boardinghaus von Mistreß Smith?" wiederholte der andere. „Doch nicht zu Mister Longford?"

„Gewiß. Eben zu diesem. Aber wer gibt Ihnen das Recht, mich auszufragen?"

Der andere zog eine Blechmarke und eine Erkennungskarte hervor.

„Seattle, Kriminalbeamter", sagte er ohne Stimmaufwand. „Darf ich bitten, sich auszuweisen?"

„Gerne." — Er zog eine Ausweiskarte hervor, lautend auf den Hilfszensor im Kriegsamt Atterley.

„Danke. Das genügt. Der Herr kommen wohl in amtlicher Eigenschaft?"

„Selbstverständlich!" log Atterley beherzt. „Ich wußte gar nicht, daß Mister Longford so streng überwacht wird. Ich darf wohl eintreten?"

„Bitte sehr." — „Danke."

Die Gestalt verschwand wieder im Dunkel.

Als das Zimmermädchen dem Hauptmann Atterleys Karte bringen wollte, mußte es mehrmals kräftig pochen.

Endlich gebot eine schlaftrunkene, nicht eben freundliche Stimme, einzutreten. Das Mädchen öffnete die Tür und war nicht wenig erstaunt, kein Licht in dem fast nächtlich dunklen Zimmer zu finden.

Aus der Sofaecke kam Longfords Stimme:

„Bitte, drehen Sie das Licht an! Ich habe ein wenig geschlummert. Was ist los?"

„Ein Herr wünscht Sie zu sprechen."

Sie übergab Longford die Karte. Sichtlich erfreut hieß der junge Offizier, den Herrn herbeizuführen.

„Das ist mir in der Tat in hohem Maße erwünscht, Herr Atterley, daß Sie mich aufwecken kommen. Ich habe nämlich den Nachmittag verschlafen. Ein bißchen Aufregung gehabt nach dem Lunch. Da schlafe ich stets großartig darauf."

„Wohl Ihnen. — Wenn ich mich aufrege, spüre ich das noch Stunden, oft Tage lang hinterher. In den Tagen meines großen Prozesses denke ich oft die ganze Nacht hindurch, was ich noch alles vorbringen könnte zu meinen Gunsten. Dann mache ich wieder Licht, lese, bis mir die Augen vor körperlicher Ermüdung zufallen, blase die Lampe aus, schließe die Augen, kehre mit meinen Gedanken wieder zum Mittelpunkt des fürchterlichen Kreises zurück, denke wieder an die Gegner, ihren vornehmen Advokaten Burnham, setze im Traumbild die Gedanken fort, führe die gräßlichsten Auftritte mit ihnen durch, erwache entsetzt und in Schweiß gebadet, stecke wieder die Lampe an und — wiederhole dasselbe Spiel, drei-, vier-, oft sechsmal in einer Nacht, bis der Morgen graut. Dann findet sich endlich der Schlaf; aber ich muß dann aufstehen und arbeiten . . . Ach, ich kann Ihnen sagen: manchmal schon habe ich es bereut, daß ich damals Ihrem Rate gefolgt bin und von meinem Leichenbegängnis Abstand nahm. Es geht mir ja jetzt in mancher Hinsicht um vieles besser, sogar der Hauptprozeß hat sich inzwischen zu meinen Gunsten gewendet. Grund: Eine neue Perücke befaßt sich jetzt mit der Sache . . . Ich möchte am liebsten mit Falstaff sagen: Ich wünschte, es wäre Schlafenszeit, Heinz, und alles wäre gut. — Mein Gott, ich schwätze da mit Ihnen und habe Ihnen noch gar nicht erzählt, weshalb ich Sie jetzt überfalle. — Wissen Sie übrigens — ich muß schon wieder abschweifen —, daß Sie polizeilich überwacht werden, daß jeder Besuch, der zu Ihnen kommt, sich ausweisen muß?"

„Gewiß weiß ich das. Sie sehen, ich habe dabei ganz seelenruhig geschlafen. Es schläft sich bekanntlich nie sicherer, als wenn man sich gut bewacht weiß."

„So ist es am Ende wahr?! Um Himmelswillen, haben Sie den Verstand verloren, Herr Hauptmann?"

„Soviel ich weiß, habe ich meinen Verstand noch nicht verloren", versetzte Longford trocken. „Aber . . . war diese Frage der Zweck Ihres Kommens?"

Atterley fuhr sich mit der Hand durch die Haare.

„Also, . . . also . . . ich verstehe das alles nicht mehr. Ist denn das überhaupt möglich? Aber das muß doch die Mißgeburt einer überhitzten Einbildungskraft sein . . . Nein, es ist — — —"

„Wollen Sie mir nicht vielleicht sagen, was die Mißgeburt sein soll!"

Atterley sagte kreuz und quer durchs Zimmer.

„Ach, es ist ja verrückt. Sie sollen gar nicht Longford heißen und überhaupt ein Spion sein."

„Das ist nichts Neues. Das sagte mir heute nachmittag sogar der Minister ins Gesicht, und zwar in vollem Ernste." — „Der Mann ist geisteskrank."

„Wer? Der Minister oder ich?"

„Und ich kanns bei alledem noch werden."

„Ja, Kapt'n, ahnen Sie denn gar nicht, was sich für ein Unwetter über Ihrem Haupt entladen will?"

„Meine Ahnungen sind recht friedlich. Ich habe das Gefühl jener Beruhigung, wie sie etwa ein Landmann nach getaner Arbeit hat." Atterley ward feierlich.

„Mister Longford, Sie haben mir einmal in uneigennütziger Weise geholfen. Sie haben mir dabei verraten, daß Sie geheime Widersacher fürchten. Ich kann Ihnen den Dienst, den Sie mir geleistet, heute wieder teilweise vergelten. Ich habe heute unter der holländischen Post einen Brief gefunden, der Ihr Verderben sein kann. Offenbar hat der Minister unsern Konsul in Rotterdam veranlaßt, nach Ihrem früheren Aufenthalt dort Nachforschungen anzustellen und ihm persönlich in seine Wohnung Bescheid zu geben. Das letztere ist ein Glück für Sie. Sonst hätte ich den Brief gar nicht zu sehen bekommen, denn Briefe an Behörden gehen nicht durch die Hände der Zensur."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Ich will nicht leugnen, daß ein gewisser finanzieller Nutzen besteht, wenn die Kinder eine Schule am Platze besuchen anstatt eine auswärtige, da z. B. das Geld für die Bahnfahrt, Mittagstisch im dortigen Schulort usw. fortfallen, aber später werden die Eltern doch gezwungen sein, ihre Kinder eine auswärtige Lehranstalt besuchen zu lassen, vorausgesetzt natürlich, daß die in Aussicht genommene höhere Privatschule inzwischen nicht bis zum „Einjährigen" ausgebaut oder sogar Vollanstalt geworden ist, was aber von den jetzt noch Lebenden keiner erleben wird.

Auch über die Frage, was vorzuziehen sei, die Kinder erst eine Privatanstalt und dann die höhere Schule besuchen zu lassen oder von Anfang an auf die höhere Schule zu schicken, kann man verschiedener Meinung sein und soll ein Wörtlein geredet werden. (Schluß folgt.) R. B.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amtsvorstand des Amtsverbandes.

Westerstede, den 17. Februar 1919.

Neue Zucker-Verkaufsstellen

1. Gemeinde Westerstede: Kaufmann Höfft, Strodthoff, Drieling, Meyer, Ahlrichs, Diekmann in Westerstede; Basenbrunken-Linswege; Huntemann-Hüllstede; Harms-Garnholterdamm; Dierks-Torsholt; Lüerssen-Lindern; Dierker-Hollwege; Willms-Westerloy; Hazekamp-Ihausen; Janßen-Eggelos; Hobbie-Ocholt.
2. Gemeinde Zwischenahn: Eidtmann, Fischer, Weitz, Poppinga in Zwischenahn; Lienemann-Kathausen; Grambart Rostrup; Schneider und Schmidt Aschhauserfeld; Reimers-Ohrwege; Krüger-Ekern; zur Loye-Elmendorf.
3. Gemeinde Apen: Detering, Orth, D. Meyer in Apen; Konsum-Verein, W. Orth, Struß, Burgath, Sybrandts, Ripken in Augustfehn; Kuhlmann in Bokel; Meins-Godensholt; Reil-Nordloh; Ww Deetjen-Tange.
4. Gemeinde Edewecht: Kaufmann Hinrichs, Setje, Snoek in Edewecht; Willms-Ostescheps; Kayser-Wildenlohsmoor; Ww. Kreye-Jeddeloh 1; Frerichs Jeddeloh 2.

Münzebrock.

Weideland-Verkauf.

Bauunternehmer **Karl Ziese** hierselbst beabsichtigt sein am Wege nach Garnholt belegenes

Weideland

„Stellhorn", groß 8,4845 Hektar — 100 Scheffelsaat, mit sofortigem Antritt zu verkaufen. — Kaufliebhaber bitte sich umgehend zu melden.

Westerstede.

G. Kook, Akt.

Grundstücks-Verkauf

Apen. **Johann Schmidt** Ehefrau, geb. Frühling, in Bokel will von ihren in der Bauerschaft Bokel belegenen Ländereien einen Teil der Parzelle 42 der Flur 19, Westermoor (Bittsche), groß etwa

24 Scheffelsaat,

mit Antritt nach Vereinbarung, durch mich öffentlich verkaufen.

Das Land ist äußerst günstig belegen, fast an der Chaussee Bokel-Südgeorgsfehn und enthält dasselbe zum Teil noch einen guten Torfstich.

Verkaufstermin ist angesetzt auf

Dienstag den 25. Februar,

nachmittags 3 Uhr, in Menke's Gasthause in Bokel.

Janssen, Akt.

Apen.

Geflügel u. Kaninchen

kaufe zu höchsten Tagespreisen Abnahme Dienstags und Mittwochs.

J. H. Lamken.

Verkauf eines Geschäftshauses.

Apen. Der Kaufmann **Hermann Kramer** in **Bokel** will sein daselbst z. Zt. von dem Kaufmann G. Kuhlmann benutztes, an der verkehrsreichen Chaussee Detern—Augustfehn, etwa 1½ Kilom. von der Bahnstation Augustfehn belegenes, erfolgreich betriebenes älteres

Manufaktur-, Kolonial-, Kurz- und Eisenwaren-Geschäft

verbunden mit einer gut frequentierten

Gastwirtschaft,

mit Antritt nach Uebereinkunft unter günstigen Bedingungen durch mich verkaufen lassen.

Die Wohn- u. Nebengebäude sind massiv erbaut u. befinden sich in gutem Bauzustande. Das Wohnhaus enthält großen Ladenraum mit Schaufenstern, Gast- u. mehrere Wohnzimmer, sowie einen Tanzsaal. In dem Nebengebäude ist Stallung für Pferde und Vieh vorhanden.

Das Geschäft erfreut sich einer guten ausgebreiteten, festen Kundschaft und ist daher einem strebsamen Geschäftsmanne sehr zu empfehlen.

Termin zum Verkaufe ist angesetzt auf

Montag, 24. Februar,

nachmittags 3 Uhr, in dem Verkaufsobjekt.

Kaufliebhaber lade ich mit dem Bemerken ein, daß ein großer Teil des Kaufpreises stehen bleiben kann.

Janßen, Auktionator.

Apparat zur Verhütung der lästigen Folgen des

Bettnässen.

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch

Merkur-Versand G. Zwerenz, München 172 W. Neureutherstr. 13

Augustfehn.

Stube und Kammer

zu vermieten.

Frau **Oltmann Ww.**

Anzukaufen gesucht ein

Ackerwagen

neu oder gebraucht, mit breiten Felgen. Angebote mit Preis unter **F. J. A.** Nr. 1532 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu verkaufen

Richelpfähle

H. Ahrens, Stellmachermeister.

Zu verkaufen eine schwere

hochtragende Kuh,

Mitte März kalbend.

F. Bolenius, Lindern

Ich verkaufe

Strohmehl,

100 Pfund 30 Mark

U. Ohmstede, Westerstede.

Junger Mann, 24 Jahre alt, möchte als

Eleve

in einen landwirtschaftlichen Betrieb eintreten. Offerten unter **W. B. 100** postlagernd Oldenburg

Zahnleidende

Zähne werden unter Garant. **naturgetreu** eingesetzt. **Plomben** in Gold, Porzellan, Amalgan etc. — — Fast **schmerzloses Zahnziehen** mittels lokaler Anästhesie, Nerventöten, Zahnreinigen etc. — Sprechstunden **täglich 8—1 u. 2—7 Uhr,** auch **Sonntags.**

A. Loewenstein, Zahnatelier, Oldenburg i. Gr. **Bahnhofstr. 15, I.** Eingang Rosenstr. in allernächster Nähe d. Bahnhofs

Telephon Nr. 1456.

Pumpen und **Tränkeanlagen**

liefert

Julius Mayer.

Edewecht.

Garten- und Feldsämereien

bewährte, zuverlässige Sorten der Firma

Ernst & von Spreckelsen Hamburg,

empfiehlt

M. J. Snoek

Landw. Bezugsgenossensch. Westerstede.

Die Mitglieder, welche

Drainröhren

benötigen, wollen sich bis zum 25. ds. Mts. beim Geschäftsführer melden. Die Lieferung kann in etwa 14 Tagen erfolgen.

Der Vorstand.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Ortsgruppe für die Gemeinde Zwischenahn.

Junge Mädchen

aus allen Teilen der Gemeinde, die in der **Opferwoche** die **Sammeltätigkeit** für unsere Brüder in der Gefangenschaft übernehmen wollen, werden gebeten, sich am **Sonnabend den 22. d. Mts.,** nachm. 4 Uhr, in **Meyers** kleinem Saal zu versammeln.

Der Vorstand.

Dentist Schmidt

Oldenburg,

Cottorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank). Tel. 1236.

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.

Sprechstunden: 9—1 vormittags, 2—6 nachmittags, Sonntags von 9—12 Uhr.

Hüllstede.

Am Sonntag den 2. März:

Großer

Fastnachts-Ball

Anfang 6 Uhr.

Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz.

Hierzu ladet freundlichst ein

G. Huntemann.

Süd-Edewecht. Gebe

Streutorf

Fuder- und Waggonweise ab.

G. Hanken.

Bokel.

Kaufe Geflügel

aller Art u. zahle hohe Preise.

Fritz Achtermann.

Edewechter Bestattungsverein e. V.

Laut Beschluß der Generalversammlung können Gemeindemitglieder dem Bestattungsverein bis zum 1. April d. J. noch gegen Zahlung des bisherigen Eintrittsgeldes von 5 Mark beitreten. Von dem genannten Zeitpunkte ab beträgt das Eintrittsgeld 10 Mark. — In der nächsten Zeit werden vom Vereinsboten die Quittungen zur Einlösung vorgelegt. Außer dem Jahresbeitrage von 2 Mark sind 20 Pfg. als Botenlohn zu zahlen.

Der Vorstand.

Krieger-Verein Halstrup

Am **Sonntag den 23. Februar,** abends 7 Uhr,

Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1) Neuwahlen,
2) Aufnahme neuer Mitglieder,
3) Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. **Der Vorstand.**

Howiek.

Am Sonntag den 2. März

Tanzmusik,

wozu freundlichst einladet

H. Bruns.

Um die Wiedergeburt unseres Heimatlandes!

Oldenburger Wähler u. Wählerinnen!

Am 23. Februar sind die Wahlen für die Oldenburger Landesversammlung. Es geht um die Wiedergeburt unseres Heimatlandes, es geht um Euer eigenes Wohl!

Durch Eure Wahl entscheidet Ihr selbst, welcher Geist in Zukunft im Oldenburger Lande herrschen soll.

Wollt Ihr eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtage? Wollt Ihr eine einseitig zusammengesetzte sozialistische Regierung? Wollt Ihr einen starken Einfluß der rückschrittlichen Parteien, die sich nicht scheuen würden, den alten im Volke verhaßten Polizeistaat mit allen Machtmitteln wieder aufzurichten? —

Nein und abermals nein!

Ihr wollt die Entwickelung auf dem Boden des Möglichen und Erreichbaren.

Darum tretet ein **für die Kandidaten der deutschen demokratischen Partei,** deren Gedanken und Ziele unzweifelhaft die Gedanken und Ziele der Zukunft sein werden.

Merkt Euch, Ihr Wähler, es darf keine Stimme fehlen. Wer nicht wählt, stärkt allein die sozialdemokratische Partei, die jetzt mit den Unabhängigen im Oldenburger Lande zusammengeht. —

Was jetzt versäumt wird, kann nicht wieder eingeholt werden!

Darum: **Alle** Frauen und Männer am 23. Februar an die Wahlurne mit dem Stimmzettel der

Deutschen demokratischen Partei!

Landesbibliothek Oldenburg

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen.
Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 46 **Westerstede, Sonntag den 23. Februar 1919.** **59. Jahrgang**

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Mehrheit oder Minderheit?

Es wird wieder ein bißchen aufgeräumt in deutschen Landen. Hier und da in Frieden und Freundschaft, anderwärts unter Zuhilfenahme von Maschinengewehren und Handgranaten. Es scheint vorerst nun einmal nicht anders zu gehen, solange die Nachwirkungen der Revolution, die vermeidlichen und die unvermeidlichen, nicht vollständig überwunden sind.

In Braunschweig z. B. wollte man sich für den Weg der Verständigung entscheiden. Eigentlich zur allgemeinen Überraschung, denn die Gegensätze schienen gerade dort am unversöhnlichsten zu liegen. Vom Beginn der Umwälzung an hatten die Unabhängigen, obwohl sie auch hier nur eine Minderheit hinter sich wußten, die Zügel der Regierung ganz allein in die Hand genommen und jeden Versuch der Mitbeteiligung anderer Volksteile auf das entschiedenste zurückgewiesen. Man erinnert sich noch, welche hochfliegenden Pläne in Braunschweig geschmiedet wurden, wie um dieses, nur eine halbe Million Einwohner umfassende Ländchen, allerhand Nachbargebiete ohne jede Rücksicht auf ihre bisherige staatliche Zugehörigkeit zusammengelegt werden sollten, wie über die Beziehungen zum Reiche selbstherrlich verfügt, wie sogar ein bewaffneter Konflikt mit Preußen, oder wenigstens mit dem Generalkommando des 10. Armeekorps in Hannover heraufbeschworen wurde — kurz, es ging schon etwas bunt zu unter der Regierung des Herrn Präsidenten Merges und seiner Mitarbeiter, das werden auch diejenigen nicht leugnen können, die sonst durchaus bereit sind, vor jedem Beweis persönlicher Tüchtigkeit achtungsvoll den Hut zu ziehen. Aber schließlich haben die Herren doch wohl selber eingesehen, daß sie auf diese Weise nicht weiter kommen. Als die ordnungsmäßig gewählte Landesversammlung auf ihren Rechten bestand, als höchste politische Instanz des neuen Freistaates anerkannt zu werden, mußte man sich entscheiden; und das um so mehr, als die Reichsregierung nun ihrerseits den Spieß umkehrte und dem nach Weimar als Mitglied des Staatenhauses entsandten Vertreter der Braunschweiger Regierung die Anerkennung verweigerte. Eben deshalb, weil er keine auf dem Mehrheitswillen des Volkes beruhende Regierung hinter sich hatte. Und so wurde eingelenkt. Man trat in Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten ein, die sehr rasch zu einer Verständigung führten. Danach wird wohl auch dieser Sturm im Glase Wasser als beigelegt gelten können.

Schwieriger liegen die Dinge in Bayern. Auch hier vertritt Herr Eisner, der Ministerpräsident, nur eine Minderheit des Volkes. Er ist aber immerhin schon beizeiten so vorsichtig gewesen, doch auch die Mehrheitssozialisten zur Mitarbeit heranzuziehen, während das Zentrum, nach wie vor die stärkste Partei des Landes, von der Regierung vollständig ausgeschlossen ist. Nicht minder die Liberalen. Das ging, so lange es gehen mochte. Aber nun tritt auch in München die Landesversammlung zusammen; wie soll Herr Eisner mit ihr fertig werden? Natürlich, er klebt nicht etwa an der Macht, durchaus nicht, aber er muß doch die Errungenschaften der Revolution behüten, und kann man wissen, wie es dann gehen würde, wenn er nicht mehr die volle Macht in seinen Händen hätte? Nach verschiedenen anderen Versuchen, die nicht zum Ziele führten, ist er jetzt auf einen Landesrätekongreß verfallen, den er rasch noch unmittelbar vor Eröffnung der Landesversammlung um sich versammelt hat. Ihn scheint er sozusagen als Oberkontrollorgan über die rechtmäßige Volksvertretung bestellen und damit sich selber das Mandat als über allen Wassern schwebender Geist retten zu wollen. Wie aber, wenn die Landesversammlung von einer solchen Teilung der Geschäfte nichts wissen will? Soll es dann zu einem Konflikt kommen zwischen Mehrheit und Minderheit, und das hieße heutzutage nichts anderes als: zu einem bewaffneten Konflikt, zu Mord und Totschlag, zu Bruderkampf und Bürgerkrieg? Herr Eisner ist dieser letzten Fragestellung bisher immer noch aus dem Wege gegangen, er wird sich nun aber sehr bald entscheiden müssen, ob es in Bayern zu einer zweiten Revolution kommen soll oder nicht.

Nach dem Vorgang im Reich rüstet sich nun auch Preußen zu einer Neuverteilung der Regierungsmacht unter diejenigen Parteien, die in der Landesversammlung für eine regierungsfähige Mehrheitsbildung in Frage kommen. Das wird abermals einen erheblichen Schritt vorwärts bedeuten zur Befestigung der neuen Zustände. Im nichtbayerischen Süden des Reiches, in Baden, Württemberg, Hessen hat man diese Bahn verständigerweise gleich von vornherein beschritten und ist, von kleinen Geschehnissen abgesehen, dafür von Unruhen und Blutvergießen völlig verschont geblieben. Wenn erst diese vorbildliche Eintracht das ganze deutsche Volk ergriffen haben möchte! Dann könnten wir mit gutem Gewissen sagen: wir sind über den Berg. Nur wenn der Mehrheit überall ihr Recht eingeräumt wird, werden wir uns wieder vorwärts- und aufwärtsarbeiten können. Sollte das deutsche Volk für diese simple Erkenntnis wirklich noch nicht reif sein?

Deutsche Nationalversammlung.

(12. Sitzung.) *CB.* Weimar, 20. Februar.

Eingelaufen ist ein Protest aus Tondern gegen Abtretung dieser deutschen Stadt an Dänemark (Lebhafter Beifall), ein Protest aus Schönlanke gegen die polnischen Ansprüche, ein Telegramm aus Ragnit um Schutz der ostpreußischen Heimat und ein Protest der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller aus Düsseldorf gegen die Behauptungen des Reichsministers Erzberger.

Der Streit um die Sachverständigen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg **Boegler** (D. Vp.) das Wort. Er erklärt die Behauptung für falsch, er habe eine Berufung als Sachverständiger zu den Waffenstillstandsverhandlungen abgelehnt, falls nicht auch Herr Hugo Stinnes berufen würde. Eine solche Anfrage des Reichswirtschaftsamtes sei niemals an ihn gelangt, niemals habe er Stellung zu der Frage genommen, ebensowenig die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Diese habe auch niemals ein Telegramm oder Schreiben in diesem Sinne abgesandt, wie aus den Ausführungen des Ministers Erzberger ja hervorgeht.

Reichsminister **Erzberger** antwortet, er habe sich bei seinen Darstellungen auf ein Schreiben des Reichswirtschaftsamtes gestützt. Es liege keine Veranlassung vor, von diesem amtlichen Schreiben etwas abstreiten zu lassen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts läßt augenblicklich die den Schreiben zugrunde liegenden Tatsachen feststellen. Einen persönlichen Vorwurf habe ich dem Abg. Dr. Voegler in Sachen des Telegramms nicht machen wollen. Alles weitere behalte ich mir vor, bis die Aufklärung seitens des Reichswirtschaftsamts erfolgt ist.

Besprechung der Regierungserklärung.

Hierauf setzt das Haus die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung fort. Als erster Redner spricht Abg. **Traub** (Dnat. Vp.): Wir müssen uns auch an die Vorgänge außerhalb unserer Grenzen erinnern. Eine Kulturpflicht ist es, unserer deutschen Brüder außerhalb der Reichsgrenzen zu gedenken. Eine Schmach ist es, wie die Revolution unser Ansehen draußen in der Welt geschädigt hat, besonders in Brüssel und in Warschau. (Sehr richtig! rechts.) Die Unterstellung, die man uns gemacht hat, daß wir die Waffenstillstandsfrage für Parteizwecke ausnutzten, weise ich zurück. (Beifall rechts.) Wenn Herr Erzberger uns Desperadopolitik vorwirft, so sage ich:

Ist es nicht auch eine Politik der Verzweiflung, wenn man schließlich alles zugibt?

Graf Brockdorff-Rantzau sollte sich mehr in die Nähe des Wehrministers Noske setzen, um von dessen urwüchsiger Frische und echt deutschem Stolz etwas zu übernehmen. (Sehr gut! rechts.) Der Weg der öffentlichen Schuldbekenntnisse ist falsch und schädlich. (Sehr richtig! rechts). Wenn sich die in weiten Kreisen auf Wilson gesetzten Hoffnungen erfüllen, so würde ich mich sehr freuen, aber ich habe kein Zutrauen zu ihm. (Sehr richtig! rechts). Er hat alle die drückenden Waffenstillstandsbedingungen mitgemacht.

Die Revolution hat uns nicht den Frieden gebracht,

sondern uns weiter von ihm entfernt. (Lärm links.) Nun zu der inneren Politik, die ganze Last des verlorenen Krieges auf die Rechtsparteien zu wälzen. Wir würden es begrüßen, wenn man in der Regierung wieder zum alten System zurückkehren würde, keine Parteireden, sondern staatsmännische Reden zu halten. (Lachen links.) Vaterlandsparteiler saßen in allen Parteien. (Widerspruch links.) Was ist eigentlich das alte System? Auch heute regiert noch der alte Bethmannblock und nach dem Militarismus sehnt sich unser Volk jetzt erst recht zurück. (Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.) Gegen Fehler und Auswüchse waren wir niemals blind.

Die gefährliche innere Lage.

Wir segeln abwärts.

Weimar, 20. Februar.

Der Reichsminister Dr. Koeth erklärt in bezug auf unsere innere Lage, daß wir andauernd nach abwärts segeln. Die innerpolitischen Schwierigkeiten seien noch lange nicht überwunden und man befände sich noch mitten in der Revolution. Man wisse nicht, wohin das Schiff steuere, wenn man das Steuer nicht fest in der Hand halte. Die Zahl der Arbeitslosen steige täglich und auch die Arbeitsunlust nehme dauernd zu. Überall zeige sich ein starker Pessimismus.

Scheidemann gegen Spartakus.

Weimar. Scheidemann betonte einem Berichterstatter gegenüber die feste Entschlossenheit der Regierung, dem Spartakustreiben ein für allemal ein Ende zu bereiten. Die Regierung werde in dieser Beziehung unbeirrt vorgehen.

Explosivgeschosse, Minen mit Zeitzündung.

Die Spartakisten arbeiten einfach mit allen Mitteln und scheuen vor nichts zurück. Das geht deutlich aus einer Bekanntmachung des Generalkommandos des VII. A. K. hervor, in der es heißt: Gewalttaten und Angriffe der Spartakisten in fast allen Städten des Industriegebiets. Regierungstreue Arbeiterräte werden gesprengt, die Mitglieder zum Teil festgesetzt, Spartakusleute eingesetzt. Regierungstreue Vollzugsbeamte sind gewaltsam entwaffnet, Banken gestürmt und Sparkassen bedroht worden. In Düsseldorf ist jede persönliche Freiheit unterbunden. In Dorsten wurden beim Kampfe gegen Regierungstruppen Explosivgeschosse angewendet, in der für die Unterbringung der Truppen vorgesehenen Schule wurden Minen mit Zeitzündung gelegt, in Essen und mehreren anderen Städten wurden von Spartakuswehren die Waffenlager der Regierung gestürmt. Die Behauptung, die Regierungstruppen würden zu gegenrevolutionären Bewegungen ausgenützt, ist frei erfunden. Die Freiwilligenformationen stehen wie das Generalkommando ganz auf dem Boden der Regierung.

Das Attentat auf Clemenceau.

Der Mordanschlag auf den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau fand um 9 Uhr vormittags statt, als dieser im Begriff war, sein Auto zu besteigen. Der Täter hatte sich in einer nahegelegenen Bedürfnisanstalt versteckt, aus der er dann hervorstürzte und zwei Revolverschüsse abgab. Wohin Clemenceau getroffen wurde, wird immer noch nicht mit Bestimmtheit angegeben. Nach einer Lesart ging das Geschoß in das rechte Schulterblatt, nach einer anderen in die rechte Rippenseite der Unterleibsgegend, nach einer dritten an den Kopf. Übereinstimmend wird dagegen versichert, daß die Verwundung leicht sei. Doch sind bei einem 77jährigen Mann Komplikationen natürlich nicht ausgeschlossen. Der Attentäter heißt Cottin, ist 23 Jahre alt und von Beruf Kunsttischler. Er stammt aus Creil, wohnt in Montrouve und ist Anarchist. Man fand bei ihm noch zwei Schachteln mit Patronen. Clemenceau verlor bei dem Vorgang seine Ruhe nicht. Er konnte allein nach Hause zurückgehen.

Clemenceau.

Deutschlands Protest gegen Polen.

Berlin. Die Reichsregierung hat an die Entente einen energischen Protest wegen der Verstöße der Polen gegen den Waffenstillstand gerichtet. Sie erklärt darin, daß sie nicht gewillt ist, dem polnischen Treiben länger zuzusehen.

Frankreich verlangt alle Zeppeline.

Basel. Nach einer Pariser Meldung fordert Frankreich im endgültigen Waffenstillstand die Ablieferung sämtlicher Zeppelin-Luftschiffe.

Das neue deutsche Heer.

Berlin. Reichswehrminister Noske wird demnächst eine Verfügung erlassen, durch die die vielen Freiwilligenverbände zu einem neuen Reichsheer zusammengefaßt werden. Gouverneur von Berlin soll der Mehrheitssozialist Schöpflin werden.

Entlassung der Marine-Reserveoffiziere.

Berlin. Das Reichsmarineamt macht bekannt, daß sämtliche noch nicht entlassene Marineoffiziere des Beurlaubtenstandes, die keinen ausdrücklich anders lautenden Befehl von ihrem Stationskommando haben, mit dem 28. Februar 1919 als entlassen gelten.

Amerikanische Landrüstungen.

Washington. Das Repräsentantenhaus nahm die Heeresvorlage im Betrage von über einer Milliarde an, wodurch die freiwillige Rekrutierung für die Friedensarmee auf 175 000 Mann beschränkt wird.

Vermischte Meldungen.

München. Prinz Joachim von Preußen, dem eine Beteiligung an den Matrosenputsch nicht nachgewiesen werden konnte, soll über die Grenze abgeschoben werden.

Paris. Der Attentäter erklärte, daß Clemenceau nicht der einzige sein werde, sondern es würden alle getötet, die dem Weltfrieden im Wege ständen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Erhöhte Teuerungszulagen für Beamte.** Nach Besprechungen innerhalb der Reichsregierung steht eine Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte in Aussicht. Die Zulage soll für höhere, mittlere und niedere Beamte gleich sein. Eine Abstufung soll nur nach teueren und sehr teuren Orten erfolgen. Die Zulage hat dann noch die Tendenz, die Gehälter der Unterbeamten den zurzeit üblichen Arbeitslöhnen anzupassen. Bestrebungen einzelner Ressorts zielten darauf hin, die höheren Beamten nur bis zur Einkommensgrenze von 6000 Mark einzubeziehen, so daß also denjenigen, die mehr als 6000 Mark beziehen, die Vorteile dieser neuen Zulage nicht zugänglich gemacht werden. Die dahinzielenden Bestrebungen begegneten aber bei der Besprechung dem schärfsten Widerspruch. Es ist anzunehmen, daß alle höheren Beamten bei der Zulage Berücksichtigung finden. Die Neuregelung dürfte unmittelbar bevorstehen.

✣ **Eine Dreiteilung des preußischen Kultusministeriums** ist für die Zukunft geplant und zwar: A. Ministerium für Volksbildung mit vier Abteilungen. 1. Wissenschaft und Hochschulen einschließlich Volkshochschulen; 2. Höhere Schulen; 3. Volksschulen; 4. Fortbildungsschulwesen und Fachschulen. B. Ministerium für geistliche Angelegenheiten (eigentliches Kultus-

Landesbibliothek Oldenburg